

Den Ganztag vor dem Kollaps retten!

Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen und Betreuer*innen fordern ein Umsteuern

Der Sozial- und Erziehungsdienst ist ein eigenständiger Bereich innerhalb der Schule. Die Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen und Betreuer*innen haben einen eigenen Bildungsauftrag, gleichberechtigt neben dem Bildungsauftrag der Lehrer*innen. Diese Eigenfachlichkeit muss endlich von den Verantwortlichen aus Schule und Politik anerkannt und bezogen auf den Personalbestand, die räumliche und die sachliche Ausstattung sowie die Dienstplangestaltung umgesetzt werden.

Ohne uns funktioniert Schule schon lange nicht mehr!

Der Sozial- und Erziehungsdienst hat nicht nur während der mehrmonatigen Lockdown-Zeiten den Notbetreuungsdienst in den Schulen am Laufen gehalten. Die Kolleg*innen sind die ersten und die letzten, die in der Schule Dienst tun, sie müssen – zum Teil entgegen geltende Rechtsvorschriften – als Vertretungsreserve, Unterrichtsunterstützung, Auf- und Umräum-, sowie Renovierungspersonal erhalten und leisten zudem einen Großteil der Elternkommunikation. Der zuletzt mit dem Qualitätsstandard Ganztag noch einmal unterstrichene Bildungsauftrag der Ergänzenden Förderung und Betreuung muss sich auch in der Gestaltung und Ermöglichung eines handlungsfähigen Sozial- und Erziehungsdienstes widerspiegeln und darf nicht weiter zur inhaltleeren Floskel verkommen. Wir erwarten, dass unsere Arbeit, also unser Erziehungs- und Bildungsauftrag, wertgeschätzt und gewährleistet wird, d.h. dass materielle und personelle Bedingungen hergestellt werden, die uns unsere Arbeit auch ermöglichen und wir nicht weiter als beliebige Verfügungs-/Vertretungsmasse gesehen und die Kinder letztlich nur möglichst unfallfrei verwahrt werden.

Wir fordern von den Kandidat*innen zur Abgeordnetenhauswahl am 12.02.2023:

- Entlastung und mehr Personal!

Die Belastung der Kolleg*innen ist weit über dem zumutbaren Limit, viele Kolleg*innen werden von den dauerhaften Überlastungen krank. Die personelle Ausstattung muss deshalb in einem ersten Schritt auf 110% erhöht werden, damit eine verlässliche Vertretungsreserve vorhanden ist. Es kann nicht sein, dass eine Infektionswelle sofort zu unzumutbaren Überlastungen der „gesunden“ Rest-Kollegien führt. Von kleineren Klassengrößen profitiert der *ganze Tag*: Um mittelfristig Entlastung zu schaffen, muss der Gruppenschlüssel auf max. 15 Schüler*innen / Vollzeitkraft runtergesetzt werden. Notwendig sind weiterhin Funktionsstellen als pädagogische Qualitätsbeauftragte, Praxisanleiter*innen (Ausbilder*innen), Kinderschutzbeauftragte, sowie die Funktionsstelle der/des stellvertretenden Leiter*in für die gesamte Schule. Auf jeweils 150 Schüler*innen bzw. den Jahrgang soll ein*e Sozialpädag*in eingestellt werden. Weiterhin sollten - ergänzend und unter strenger Einhaltung des Fachkräftegebots für die Ergänzende Förderung und Betreuung - Kolleg*innen verwandter Berufsgruppen wie Kindheitspädagog*innen, Kunsttherapeut*innen, Theaterpädagog*innen, Sporttrainer*innen u.a. herangezogen werden können und die Schulteams multiprofessionell verstärken. Auszubildende dürfen nicht auf den Personalschlüssel angerechnet werden. Anleiter*innen müssen mehr als eine Stunde / Woche für die Betreuung freigestellt bekommen (3 Stunden).

- Mittelbare pädagogische Arbeitszeit!

Ernsthafte Angebotsgestaltung und an den individuellen Bedürfnissen der Kinder orientierte Förderung und Betreuung braucht Vor- und Nachbereitung. Diese leisten immer noch viele Kolleg*innen in ihrer Freizeit. Deshalb: 9 Stunden für mittelbare pädagogische Arbeit (mpA) / Woche jetzt und Sicherstellung, dass die mpA-Zeit in den Dienstplänen verankert ist und auch tatsächlich genommen werden kann. Dienstberatungen, Jahrgangs- und Klassen-Teamstunden müssen im Dienstplan verankert, aber von der mpA-Zeit ausgenommen sein. Dies fordern wir auch für Betreuer*innen und Pädagogische Unterrichtshilfen (PUs).

- Brennpunktzulage!

Schluss mit der Ungleichbehandlung von Erzieher*innen und anderen pädagogischen Fachkräften gegenüber den Lehrer*innen. Keine vorübergehende Höhergruppierung, die bei Wegfall des Brennpunkt-Status (und der -zulage) eine erhebliche finanzielle Verschlechterung verursacht. Wir fordern die Brennpunktzulage für alle Beschäftigten an den betroffenen Schulen als Zulage zu zahlen.

- Keine weitere Privatisierung des Sozial- und Erziehungsdienstes!

Umkehr dieses für die Beschäftigten eines ganzen Berufszweiges fatalen Prozesses. Privatisierung heißt: Zwangsteilzeit, befristete Verträge, geringere Bezahlung als im TV-L, erschwerte Betriebsratsarbeit, erschwerte Mitwirkung an schulischen Mitbestimmungsgremien usw.. Eine demokratische Schule braucht als Voraussetzung einheitlich beim Land Berlin beschäftigtes Personal, deswegen: Ein Arbeitgeber, ein Tarifvertrag - ein Kollegium. Bis dahin gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Ungehinderte Beschäftigtenvertretung! Recht auf einen Vollzeitarbeitsplatz! Refinanzierung der freien Träger in vollständiger Orientierung am TV-L.